



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Die roten Socken (24. Juni 1994)

Der unerwartete Erfolg der Nachfolgepartei der SED, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), an den Wahlurnen im Osten Deutschlands bringt die etablierten (westlichen) Parteien in eine Zwickmühle: Ist Ächtung oder Integration angesagt? Der Aufsatz analysiert die Gründe für den Erfolg der PDS im Osten und die wechselnde Mitgliederbasis der Partei.

Die Einheits-Partei

Geächtet im Westen, im Osten gewählt – die Nachfolger der SED finden überraschend Zulauf. Verdruß über die Vereinigung, DDR-Nostalgie oder Sehnsucht nach dem Sozialismus – was macht die PDS attraktiv?

Am vergangenen Freitag, gegen 12.30 Uhr, begann im Bundestag ein vertrautes Ritual. Als der Abgeordnete Uwe-Jens Heuer von der PDS ans Pult trat, verwandelte sich die Unionsfraktion in einen wütenden Haufen. Während Heuer über die SED-Vergangenheit seiner Partei sprach, regneten Zwischenrufe auf ihn nieder: „Schwachsinn“, „Unverschämte“.

Die PDS bringt das Blut der Konkurrenz in Wallung, mehr denn je. Am Sonntag wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag, die Nachfolgerin der SED könnte zwanzig Prozent der Stimmen bekommen. Ähnlich gut schnitt sie bei der Europawahl in einigen ostdeutschen Ländern ab. Bei Kommunalwahlen wurde die PDS oft stärkste Fraktion, zum Beispiel in Halle, Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Hoyerswerda.

Ein Gespenst geht um in Ostdeutschland. Feiert der Sozialismus ein Comeback, diesmal in demokratischem Gewand? Helle Aufregung herrscht in den Bonner Parteizentralen. Wie mit der PDS umgehen? Integrieren? Ächten? Die SPD zankt darüber, ob sie sich auf Koalitionen einlassen soll. Parteivize Wolfgang Thierse will Kooperationen in den Kommunen dulden, Parteichef Scharping versichert vorbeugend, die PDS bleibe ein politischer Gegner. Die CDU sieht schon die Volksfront der Weimarer Republik auferstehen. Kohls Stellvertreterin Angela Merkel wirft den Sozialdemokraten vor, sich „aus lauter Opportunismus der PDS an den Hals zu werfen“. Und CSU-Chef Theo Waigel schlägt eine harte Links-rechts-Kombination: Die PDS sei mit gleicher Entschiedenheit zu bekämpfen wie die Republikaner.

Die PDS, der Paria unter den Parteien, wird im Westen verkannt. Sie ist mehr als nur ein Ventil für Einheitsfrust. Und sie ist mehr als Gregor Gysi. Ihr Erfolg gründet auch auf einem eigenen sozialen Netz und der Pflege spezifisch ostdeutscher Milieus.

„Wir sind die Partei der Sozialen Gerechtigkeit“, lautet die Parole, die von den Betonwänden der Trabantenstädte widerhallt. Im Einsatz für die kleinen Leute will sich die PDS von niemandem übertreffen lassen. In Schwerin beispielsweise war es die PDS, die gegen die Erhöhung der Buspreise focht, gegen die Erhöhung der Garagenpachten, gegen die Erhöhung der Mieten und der Theaterpreise, für mehr Sozialwohnungen und so fort. Ob Kindertagesstätten oder Grünanlagensatzungen, alles interessiert die PDS, alles ist ihr Thema. Populismus? Na klar!

Ob politisches Kaffeetrinken auf dem Großen Dreesch, ob Fragestunde mit Landtagsabgeordneten in der Weststadt, ob „Gysi spricht“ in Neu Zippendorf, die PDS ist in der Stadt, sagt ein Schweriner Lokalreporter, „an jeder Ecke präsent wie ansonsten nur der Eiermann“. Der örtliche Kandidat der PDS, Gert Böttger, fährt eigens „jeden Tag mit der Straßenbahn, um mit den Leuten in Kontakt zu kommen“. Sogar Kirchenräume hat Böttger betreten, um junge Christen für sich einzunehmen.

Weil die PDS überall und überall zugleich sein will, braucht sie Disziplin und Engagement und Mitarbeiter zuhauf. Die gibt es noch aus der alten Zeit. Der PDS gehören 1700 Schweriner an – gut dreimal soviel wie der CDU. Die Neugründung SPD zählt ein Fähnlein von 250 Aufrechten.

Zwar ist die PDS, wie Westdemokraten und Bürgerbewegte pausenlos mahnend in Erinnerung rufen, die Nachfolgeorganisation der unseligen SED. Mit der Umbenennung nach einer Neugründung hatte Gysi seinen Genossen vor allem das Vermögen der einstigen Einheitspartei sichern wollen – inzwischen hat die Treuhand die Kontrolle darüber. Aber zum Nachlaß gehört nicht nur die drückende Schuld, sondern auch ein Stück politische Kultur der Arbeiterbewegung, die im Osten lebendig ist wie nirgends sonst in Deutschland: Zusammenhalt unter Arbeitskollegen und Nachbarn, Engagement füreinander und die gemeinsame Sache, Pflichtgefühl, Mitgefühl.

Die SED hatte die alte Arbeiterkultur einst mit ihrer straffen Parteiorganisation erst kanalisiert, dann paralyisiert. Wer werktätig war und zugleich Parteimitglied, gehörte einer Betriebsparteiorganisation an. Rentner, Hausfrauen, Arbeitsunfähige und andere Stubenhocker waren in ihrem Wohngebiet in der entsprechenden Wohnparteiorganisation eingebunden.

Als die DDR 1990 kollabiert war, sorgten die Sekretäre der neuen PDS dafür, daß die verbliebenen Parteigenossen aus den bedrohten Betriebs- in die Wohnparteiorganisationen

wechselten. So entstanden die neuen Basisgruppen, die heute das Rückgrat der Partei bilden. In rund 12 000 Basisgruppen sind die 131 000 PDS-Mitglieder organisiert.

Die Gruppen treffen sich mindestens einmal im Monat. Auf dem Programm stehen Dichterlesungen, Diskussionen mit der Parteiführung, Vorträge zur Geschichte und Theorie des Sozialismus und immer wieder Streitgespräche über die SED-Vergangenheit. Vielen Parteimitgliedern ist die Basisgruppe zur Stütze in einer Umgebung voller Kränkungen geworden, sie schirmt ab gegen den kalten Wind aus dem Westen.

Um die Parteigruppen ranken sich ganze Nachbarschaftsinitiativen, die Lebenshilfe geben: Rentenanträge und Wohngeldformulare ausfüllen, sich gemeinsam gegen unberechtigte Nebenkostenerhöhungen wehren, bedrohte Kindertagesstätten verteidigen, Räume suchen für kleine, finanzschwache Galerien, Maifeiern organisieren.

So ist die PDS Nachfolgepartei der SED, doch in einem ganz anderen Sinne als Westler argwöhnen: Nicht weil die neue Partei sich das gesamte Vermögen der alten hätte sichern können und ominöse Seilschaften weiter am Werke wären. Nein, es sind die Basisstrukturen der Ostpartei, die vielleicht erst jetzt, nach der Befreiung vom Zentralismus und der Einführung freier Wahlen, richtig aufleben.

Die PDSler von heute sehen sich als der kritische Teil der alten SED, der schon damals nicht einverstanden war mit dem Realsozialismus des Honecker-Regimes; jener Teil der Partei, der auf Gorbatschow und die Perestrojka hoffte. André Brie, Wahlkampfleiter der PDS in Berlin, sagt es so: „Es gab ein großes Kritikpotential in der SED. Zur Hälfte ist die PDS von solchen Leuten geprägt. Die andere Hälfte ist eine große Selbsthilfeorganisation.“ Man kann die Zahlen so oder so nehmen: Neunzig Prozent der PDS-Mitglieder waren auch schon in der SED, aber die heutigen PDS-Mitglieder machen nur sechs Prozent der ehemaligen Parteigenossen aus.

Wer eine Parteiversammlung besucht, wird lange nach einem Gesicht ohne Falten ausschauen müssen. Die PDS ist die Partei der rüstigen Rentner. 1991, als die Parteidaten zuletzt ausgewertet wurden, waren gerade 9 Prozent der Mitglieder unter dreißig Jahre alt, aber 48 Prozent, jeder zweite, befanden sich im Ruhestand. Das hat auch Vorteile. Die Rentner – viele sind Vorruhestandler, die unter der Marktwirtschaft frühzeitig ihre Arbeit verloren – haben viel Zeit. Sie haben Wut im Bauch und den Willen, es dem Kapital noch einmal zu zeigen.

Nur ganz allmählich wandelt sich die Partei der Akademiker, der Angestellten und der Arbeitslosen. Noch vor drei Jahren kam das parteinahe Institut für Sozialdatenanalyse zu dem Schluß, daß sich vor allem die Verlierer der deutschen Einheit in die PDS geflüchtet hätten.

Jetzt freilich kann man in der Berliner PDS auch neue Gesichter entdecken: vor allem ganz junge Leute, Aufmucker, bunte Typen aus der Antifa-Szene. In jüngster Zeit kommen, eine Überraschung, auch Mittelständler, Einzelhändler und Kleingewerbler in die PDS. Es sind Ostdeutsche, die den wirtschaftlichen Start in die neue Zeit soeben geschafft haben. Manchmal mit einer kleinen Starthilfe der Partei.

Viele Neulinge sind angelockt worden durch das Charisma des Gregor Gysi. Die PDS wäre schwächer ohne ihn, den Hochglanzossi: „Ein begnadeter Intellektueller und auch Rhetoriker, natürlich auch ein Opportunist und ein Schlawiner. Aber immer mit sehr viel Charme, niemals grob.“ So beschreibt Gregor Gysi seinen Vater. Für den Sohn könnte man die gleichen Worte finden.

Ob er lämmelig und doch verständig die Sitzung der PDS-Gruppe im Bundestag leitet, ob er witzig und doch gescheit im Auto zwischen Köln und Siegen sich und seine Politik erklärt, man versteht bald, warum sich die Talk-Shows um ihn reißen. Gysis Kritik am Westen ist brillant vorgetragen, und sie sitzt, genauso die Art, wie er den Osten verteidigt. Wer den DDR-Bürgern ängstliche Angepaßtheit vorwirft, den erinnert Gysi daran, wie viele Wessis „mit schlotternden Knien“ beim Transit vor den DDR-Zöllnern kuschten.

[. . .]

In Bonn dagegen nutzen die etablierten Parteien, selbst reichlich vergangenheitsvergessen, die Stasi-Last der PDS, die Partei zu isolieren. Gregor Gysi wurde im Bundestag schon als „Fettauge auf sozialistischer Soße“ beschimpft. Michael Glos, Landesgruppenvorsitzender der CSU, nennt die PDS-Abgeordneten „unappetitliche Figuren der SED-Nachfolgepartei“. Wenn Gysi und Kollegen in den Ausschüssen reden, hört niemand zu. Die Anträge gehen ins Leere. Das Klima ist eisig.

Der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege, der sich im Februar 1992 das Leben nahm, schrieb in seinem Abschiedsbrief: „Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung.“

Jürgen Reents, der Pressesprecher der Bundestagsgruppe, hat „einen Job mit hohem Freizeitwert“. Die Medien ignorieren die Arbeit der Abgeordneten weitgehend. So sind die Kameras in der Regel schon abgeschaltet, wenn ein PDS-Parlamentarier vor dem Bundestagsplenum redet. Als Gregor Gysi vergangene Woche vor den Delegierten des DGB reden wollte, verließ ein Teil der Gewerkschafter den Saal.

Doch die Rechnung geht nicht auf. Wer die PDS ihrer Vergangenheit wegen isoliert, grenzt Wähler aus, die auch eine DDR-Vergangenheit haben. „Ohne die kleinkarierte Siegermentalität, mit der man uns ausgeschlossen hat“, sagt Rolf Funda, PDS-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt, „stünden wir jetzt nicht da, wo wir stehen.“ Funda war als Student ein Anwärter der Stasi gewesen. Eine schwere Krankheit beendete

seine Laufbahn, noch ehe er zum Einsatz kam. Sein Bienenfleiß läßt die Bürger den Makel vergessen: Mit sechzig Prozent der Stimmen wurde er zum Bürgermeister der Gemeinde Löderburg gewählt.

Große Anti-PDS-Koalitionen im Stadtrat sollten die Sozialisten in Schwerin, Rostock und Neubrandenburg kaltstellen. Die Ausgrenzung machte die Verfemten stark. Niemand gab der PDS ein Amt, nie mußte sie ihr Können unter Beweis stellen. Nun gehören diese Städte zu ihren Hochburgen.

„Durch die Mammutkoalition kam es zu grotesken Fehlleistungen“, sagt Michael Will, Redakteur des Lokalblatts *Unser Schwerin*. „Alle lagen sich in den Haaren, und die PDS konnte sich mit populistischen Kampagnen profilieren.“ Auch der PDS-Kandidat für das Oberbürgermeisteramt, Gerd Böttger, gibt zu: „Wir haben fast nichts gestaltet, wir haben fast nur verhindert.“

Spätestens seit ihrem jüngsten Wahlerfolg ist die PDS eine Partei, um die man auf kommunaler Ebene nicht mehr herumkommen wird. In Schwerin hält sie 18 von 47 Sitzen im Stadtrat. In Halle stellt sie mit 26 Prozent der Wählerstimmen die stärkste Fraktion. Es gebe „durchaus nette und intelligente Leute“ in der PDS-Fraktion, sagt Jürgen Schmitz, für die CDU in der Stadtverordnetenversammlung von Halle. Und wenn es um eine vernünftige Sache gehe, dann „schaut man nicht hin, wo die Stimmen herkommen“. In der Hansestadt Wismar, wo die Sozialdemokraten jetzt ein sensationelles Wahlergebnis eingefahren haben, ist die PDS schon seit vier Jahren mit in der Verantwortung: Das Dezernat für Wohnungswesen ist ihres. „Wir arbeiten gut mit der PDS zusammen“, sagt die Bürgermeisterin Rosemarie Wilcken (SPD). Der Dezernent von der PDS, ein Spielzeugwarenhändler, ist ein netter Kerl, und seine Leistungen für die Stadt sind unbestritten, „aber er hat nicht mehr geleistet als andere auch“. Seither weiß Wismar: Die PDS kann nicht hexen.

„Ich habe allen Parteien die gleichen Arbeitsbedingungen geboten“, sagt Klaus Czundaj, CDU-Bürgermeister von Sangerhausen in Sachsen-Anhalt. „Bei jeder Entscheidung versuche ich sie von Anfang an mit einzubeziehen.“ Und mehrmals ist er schon zu Parteiversammlungen der PDS gegangen, um für seine kommunalpolitischen Pläne zu werben. In dem mittelalterlichen Rathaus wechseln die Koalitionen von Fall zu Fall. „Sachfragen zwingen zum Konsens“, sagt Czundaj. Dem Problem der Finanzierung könne sich auch die PDS nicht entziehen. „Die müssen das nur verdolmetscht bekommen.“ Bei achtzig Prozent aller Beschlüsse des Stadtrats ist im Protokoll keine Gegenstimme vermerkt. Zur Haushaltsberatung ging der Rat in Klausur – drei Tage in einem entlegenen Hotel. Der Haushalt wurde einstimmig verabschiedet. Die PDS war selbstverständlich dabei.

Quelle: Sabine Rückert, Wolfgang Gehrman, Kuno Kruse und Dirk Kurbjuweit, „Die Einheits-Partei“, *Die Zeit*, 24. Juni 1994.